

# Von Konferenzen zu sozialer Koproduktion – zur Notwendigkeit einer integrierten Jugendpolitik und transkommunalen Zusammenarbeit in Europa

## Zusammenstellung der Positionen der Teilnehmer/innen an der Podiumsdiskussion

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Rückkopplung der Konferenzergebnisse an die Perspektiven des transkommunalen Austauschs. Dabei wurden noch einmal aus unterschiedlicher Sicht zentrale Herausforderungen für die Integration junger Menschen in den Städten formuliert. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Thema Partizipation und Beteiligung junger Menschen. Beispiele aus der Praxis zu möglichen Strategien für die Integration benachteiligter junger Menschen wurden zusammengetragen.

Abschließend folgen Empfehlungen der Podiumsteilnehmer/innen zur Fortführung des Berlin-Prozesses.

## Der Berlin-Prozess – Transkommunale Kooperation in Europa

### Peter Lauritzen

Der Berlin-Prozess. Was ist ein Prozess, politisch gesehen? Sicher mehr als nur eine Konferenz pro Jahr, aber mehr haben wir im Moment nicht. Was ist so originell an Städtetreffen in Europa? Städte treffen sich ständig, sie arbeiten auf vielen verschiedenen Ebenen zusammen. Haben wir nicht mehr zu bieten? Was ist so neu am Thema Marginalisierung? Wenn ich mir die Texte über Jugendaustauschprogramme ansehe, die über die Jahre hinweg in Europa verfasst wurden, sei es von der EU oder vom Europarat, finde ich dort ausführliche Passagen, in denen vorgeschlagen wird, benachteiligte Jugendliche sollten die ersten sein, die von diesen Austauschprogrammen profitieren. Tatsächlich aber haben viele Organisatoren große Schwierigkeiten, die Schüler/innen, die normalerweise an diesen Austauschprogrammen teilnehmen, als benachteiligte Jugendliche zu bezeichnen. Man könnte also sagen, dass das, worüber wir sprechen, tatsächlich existiert. Aber stimmt das denn? Was ist denn so spezifisch an unserer Zusammenarbeit, was ist denn so spezifisch an dem, was wir in Berlin getan haben, und was ist so spezifisch an dem, was wir hier in Straßburg tun?

Ich würde vier Voraussetzungen nennen: Eine ist die Entscheidung, in benachteiligten oder belasteten Stadtteilen zu arbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden, sondern auch um die Entscheidung, in Gebieten zu arbeiten,

die innerhalb einer Stadt benachteiligt sind. Die zweite Voraussetzung ist, mit jungen Menschen unter 25 zu arbeiten und sich auf diese Menschen in benachteiligten Stadtteilen zu konzentrieren. Die dritte Voraussetzung ist – und diese ist der Grund, warum ich über Jugendaustauschprogramme gesprochen habe und über die Bedingung, dass sie hauptsächlich benachteiligten Jugendlichen zur Verfügung stehen sollten – ,dass wir ein politisches Modell integrierter Kinder- und Jugendpolitik fördern. Und schließlich, um es kurz zu machen, eine politische Botschaft: Europa darf nicht nur einer Elite gehören. Europa muss ein sicherer Lebensraum für alle werden, auch für alle jungen Menschen. Doch wenn das so ist, dann sind wir mit der Gefahr konfrontiert, dass es genau zu dem wird, was es nicht werden soll. Ich denke, wenn man sich tiefer mit den Gründen für das „Nein“ Frankreichs zur europäischen Verfassung auseinandersetzen würde, oder mit dem „Nein“ der Niederlande, würde man auf einige sehr unbequeme Wahrheiten stoßen, die darauf hindeuten, dass Europa heute als eine Sache der Elite und nicht als etwas wahrgenommen wird, das alle angeht.

### Hilde Zach

Ich darf Ihnen sagen, dass sich die Stadt Innsbruck, die ca. 120.000 Einwohner plus 30.000 Studentinnen und Studenten hat, durch ein sehr starkes Vereinsleben auszeichnet mit über 200 Sportvereinen, 100 kulturellen Vereinen musischer Ausrichtung, mit einer Musikschule, die fast 4.000 Jugendliche und Kinder das ganze Jahr über begleitet, teilweise auch kostenlos und sozial treffsicher. Daraus bilden sich jugendliche Musikbands, die unterstützt werden. All das sind Türen, die man Kindern und Jugendlichen öffnen kann. Gleichzeitig erreichen wir sie auch damit. Diese Konferenz geht aber noch einen wesentlichen Schritt weiter und ich begrüße das außerordentlich. Sie bezieht sich explizit auf benachteiligte Jugendliche. Das sind zum einen die Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das sind aber auch jene, die durch den nicht vorhandenen Wohlstand oder durch den Bildungsgrad der Eltern benachteiligt sind und die ebenfalls mit eingebunden werden müssen. Ursula von der Leyen hat etwas Wesentliches gesagt: Wir müssen in der Politik schauen, dass dieses Mitmachen, dieses Begeistern, dieses Aktivwerden, dieses Erlernen und damit die Schaffung eines Selbstbewusstseins bei den Jugendlichen vor Ort er-

reicht wird. Jugendlichen, denen von der Gesellschaft signalisiert wird „Wir brauchen euch nicht.“ sind eine tickende Bombe und – wir haben es in Frankreich gesehen – sie sind zu allem fähig, glauben Sie es mir. Deswegen bin ich so dankbar für diese Konferenz und biete meine Mitarbeit an. Es ist richtig, es müssen sich die Städte zusammentun, es müssen die Erfahrungen rasch ausgetauscht werden. Wir müssen also voneinander lernen effizienter zu werden, damit der Einsatz der Mittel und der persönlichen Betreuung und Unterstützung und des Wissensmanagements möglichst rasch Erfolge zeitigt. Es geht nur mit solchen Konferenzen.

### **Hibat Tabib**

In einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und die Angst vor dem Mitmenschen die Aufnahmebereitschaft und die Annäherung der Generationen bedrohen, bedarf es dringend und verstärkt lokaler Entwicklungsprojekte auf kommunaler Ebene. Meines Erachtens muss man stets mit der Stärkung sozialräumlicher Projekte auf kommunaler Ebene beginnen. Im Austausch und in der Kooperation der Städte Europas muss man an die Fachkräfte vor Ort appellieren, die in den Städten arbeiten, aber auch an die Kompetenzen der Bewohner/innen, der Bürgergesellschaft. Das Ziel dieser Konferenz besteht in der Stärkung dieses Erfahrungsaustauschs und das ist auch notwendig, ja sogar von vitalem Interesse für die Handelnden vor Ort. Aber es ist auch wichtig, Erfahrungen und Projekte vorzustellen, die funktionieren, da man in Frankreich die Angewohnheit hat, nur über Projekte zu reden, die gescheitert sind. Ich denke, über die Projekte zu reden, die funktionieren, fördert auch eine Pädagogik der Hoffnung, denn ohne Hoffnung kann man nicht widerstehen, nicht handeln, nicht aktiv sein. Und genauso wichtig ist die Erkenntnis und dieses Wissen über die einzelnen Fachbereiche und administrativen Grenzen hinaus.

## **Zentrale Herausforderungen für die Integration junger Menschen in den Städten**

### **Howard Williamson**

Es ist ein Trauerspiel in unseren Städten, dass es so viele Jugendliche gibt, die schon sehr früh in ihrem Leben jegliche Hoffnung verloren haben. Sie haben keine Hoffnung mehr, dass es irgendeine positive, sie integrierende und sie beteiligende Zukunft gibt. Sie glauben, dass ihnen nur der Kampf um das nackte Überleben bleibt. Das führt oft zu schlimmen Verletzungen, bedeutet unter Umständen Lebensge-

fahr für sie und ihre Umgebung: ihre Familien und ihre Gemeinschaften (communities). Also steht da ein enormer moralischer Imperativ im Raum darüber, was zu tun ist, und ich würde Ihnen gern drei Begriffe nahe bringen und diese Begriffe dann etwas anders reflektieren. Und ich verspreche Ihnen, dass keiner dieser drei Begriffe „Partizipation“ lauten wird. Ich bin mir nicht sicher, ob die am stärksten benachteiligten Jugendlichen darin wirklich die Hauptpriorität ihres Lebens sehen. Die Begriffe, über die ich mit Ihnen gemeinsam nachdenken möchte, lauten „Sicherheit“, „Engagement“ und „Gerechtigkeit“. Ich möchte, dass Sie über diese Wörter nachdenken und über deren Bedeutung für Jugendliche einerseits und für die Gemeinschaften und die Gesellschaft andererseits.

„Sicherheit“ (safety) im Sinne von Gefährlosigkeit bedeutet für die Jugendlichen so etwas wie „Sicherheit“ (security) im Sinne von Gewissheit und Geborgenheit. Wir haben das Wort „Sicherheit“ sehr oft während der Konferenz gehört. Die Jugendlichen, über die wir reden, sind sozusagen die „Unfälle“ (casualties), die verwundbarsten Opfer des globalisierten Wandels, über den Akademiker so viel schreiben. Diese Veränderungen, Übergänge zu Neuem haben zwar vielen jungen Leuten phantastische Möglichkeiten in unseren europäischen Gesellschaften eröffnet, zugleich aber auch die entsprechenden „Unfälle“ produziert. Und die Jugendlichen, über die wir während dieser Konferenz sprechen, sind die Opfer. Wie gelingt es uns also, hier für mehr Sicherheit für die Jugendlichen zu sorgen, die in sehr prekären Verhältnissen und häufig nur von einem Tag auf den anderen leben? Was sind die Ziele, wenn sie an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen? Welche positiven, stärker partizipativen, integrativen Zukunftsformen sind denn für sie erreichbar? Das Problem liegt darin, dass die sie umgebenden Gemeinschaften und die Gesellschaft Sicherheit eher als Schutz interpretieren. Und sie wollen sich selbst vor diesen Jugendlichen schützen, sie wollen mehr Polizei, mehr Regeln und eine stärkere Kontrolle der jungen Leute. So sieht die politische Antwort zahlreicher Regierungen aus – und nicht etwa so, wie diese wundervollen Schwärmerien, die wir in den letzten drei Tagen über die Beteiligung Jugendlicher an Projekten gehört haben. Es geht um mehr Polizei. Es geht um mehr Kontrolle. Wie vereinbaren wir aber dann Sicherheit für die jungen Leute mit dem Schutz der Gemeinschaften?

Das zweite Wort: „Engagement“. Hier geht es für die Gemeinschaften um Partizipation, Beteiligung, und eben die Gemeinschaften haben sich mehr und mehr von der Beteiligung Jugendlicher verabschiedet. Historisch

waren die Eltern, die unmittelbaren Nachbarn und die Bewohner/innen derselben Straße auf vielfältige Weise mit den Jugendlichen verbunden. Diese Form der Teilhabe/Teilnahme gibt es nicht mehr. Eines der Themen ist also – wie schon jemand sagte – dass, wenn die Gemeinschaften den öffentlichen Raum aufgeben, gesetzlose Männlichkeit dort Einzug hält. Wie können wir also die Gemeinschaften der „Soziale Stadt-Projekte“ ermutigen, hier eine aktivere Rolle im Leben der Jugendlichen zu übernehmen, beispielsweise in Form von Partnerschaften für Programme, durch besondere Formen der Partnerschaft, durch Mitarbeit in den Projekten – all diese Dinge, die Sie meinen, wenn Sie die Beteiligung der Bevölkerung an Jugendprojekten ansprechen. Für junge Leute, insbesondere benachteiligte, bedeutet das Wort Engagement etwas ganz anderes, nämlich Bindung (attachment). Wie können wir diese jungen Leute auf sinnvolle Bildungswege lenken, vielleicht durch Kultur und Kreativität? Wie bringen wir Jugendliche dazu, eine Berufsausbildung zu beginnen, die nützliche Kenntnisse vermittelt und eine sinnvolle Beschäftigung eröffnet, anstatt all dieser „Mickey-Mouse-Qualifikationen“, die absolut nirgendwo hinführen? Und mal kritisch – und das sind Worte, die ich in den Veranstaltungen, denen ich hier beiwohnte, nicht gehört habe – wie binden wir diese Jugendlichen in die Drogenhilfe, die psychiatrischen und all die anderen Dienste ein, die eine Art „sozialer Feuerwehr“ sind? Denn die Teilhabechancen der Jugendlichen, über die wir debattieren, ist deutlich eingeschränkt in unserer Gesellschaft, weil die Jugendlichen alle möglichen psychischen Probleme haben. Und das Verhalten vieler ist durch Drogenerfahrungen geprägt. Wo sind denn die Dienste, die ihnen helfen, damit aufzuhören – wenn sie denn soweit sind, dass sie davon loskommen wollen? Es gibt also eine Reihe von Themen dazu, wie junge Leuten an sinnvolle Dienste rechtzeitig, sinnvoll und in der geeigneten Weise herangeführt werden sollten.

Und das dritte Wort, vielleicht sogar das wichtigste, weil es wieder an die hier so oft vorgebrachte Menschenrechts- und Demokratiedebatte anknüpft, ist das Wort „Gerechtigkeit“. Die Gemeinschaften finden sich immer mehr damit ab, mit benachteiligten – schwierigen, lästigen, von der Norm abweichenden – Jugendlichen in erster Linie juristisch umzugehen, nach strafrechtlichen Gesichtspunkten: weg damit zur Polizei, vor Gericht und dann ins Gefängnis. Und wir müssen uns tatsächlich Gedanken darüber machen, wie wir hier eine Agenda für soziale Gerechtigkeit für diese Jugendlichen hinbekommen, indem wir anerkennen, dass sie zwar den Aufstand in Frankreich oder den

englischen Midlands und wahrscheinlich demnächst auch noch anderswo proben, dass sie aber zugleich auch die am stärksten Benachteiligten in unseren europäischen Gesellschaften sind und wir ihnen Chancengleichheit und Hoffnung schulden.

#### **Hibat Tabib**

Ich glaube, die Gesellschaft war noch nie so sehr beherrscht von der Debatte über die Unsicherheit, die von den Jugendlichen ausgeht, und hat sich gleichzeitig noch nie so wenig Sorgen über die Unsicherheit gemacht, in der Jugendliche leben. Diese Jugendlichen, die man sich nicht mehr traut, Kinder zu nennen, unsere Kinder. In einem derartigen Kontext gibt es Kommunalvertreter, Vereine, Menschen, die sich um diese Frage kümmern, die sie mit Sorge erfüllt. Wir haben vergessen, dass diese Jugendlichen Personen sind, die Probleme, aber auch Rechte und Verantwortungen haben. Staatsbürger zu werden bedeutet ja, einen Rechtsstatus der Gleichheit mit allen anderen Staatsbürgern zu erwerben. Staatsbürgerschaft in unserer heutigen Zeit heißt politische und rechtliche Chancengleichheit. Aber welche Rolle hat denn die Staatsbürgerschaft angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheiten? Wenn sich Staatsbürgerschaft über Pluralismus, multikulturelle Demokratie definiert, dann gibt es zwischen französischer, deutscher und europäischer Staatsbürgerschaft keinen Widerspruch. Dieser Ansatz setzt auf Integration und Entwicklung. Staatsbürgerschaft bedeutet, Unterschiede zu akzeptieren, zu wagen, die Zukunft zu denken. Wenn man nun in den gefährdeten Wohnquartieren feststellt, dass unsere Jugendlichen noch in einer Quartierskultur verhaftet sind, indem sie sich zwar mit ihrem Quartier, nicht aber mit der Stadt identifizieren, und wenn man die Kluft zwischen diesen Quartieren und dem restlichen Europa sieht, wenn man Europa wirklich aufbauen und gestalten will, wie kann man dann diese Jugendlichen in einen Raum, in einen europäischen Kontext, in Umstände eingliedern, in denen noch immer das Risiko des Auseinanderklaffens von Gesetz und Recht droht, vor allem für diese Jugendlichen? Die Aufgabenstellung ist immens.

### **Partizipation und Beteiligung junger Menschen**

#### **Hilde Zach**

Im Ausschuss für Kultur und Erziehung, Jugend, Sport und Medien mit 46 Mitgliedern aus 46 Staaten haben wir erkannt, dass die Beteiligung der Jugendlichen am Leben der

Gemeinden und Regionen äußerst wichtig ist. Wir sind zu diesem Zweck letztes Jahr in die Ukraine, nach Komsomolsk gefahren, um mit der Jugend zu diskutieren. Es hat sich herausgestellt, dass dort, wo diese Beteiligungsmodelle überhaupt noch nicht entwickelt sind, die Jugend äußerst interessiert ist. Wir wissen aus unseren kommunalen Geschehen, dass dort, wo die Beteiligung erwünscht ist, die Jugend nicht so sehr interessiert ist. Das mag mit der jugendlichen Entwicklung und dem oppositionellen Geist zu tun haben, der gerade in diesem Alter sehr ausgeprägt und zur Entwicklung notwendig ist. Als Kommunalpolitikerin bin ich aber vollkommen davon überzeugt, dass wir Formen entwickeln müssen, um der Jugend die Plattform zu bieten, die sie annimmt und wo sie sofort Erfolge sieht. Darum geht es. Demokratie fängt klein an. Wenn wir von unseren Kindern und Jugendlichen erwarten, dass sie demokratisch denken, dass sie Gemeinschaft leben, dass sie sich engagieren, dann müssen wir diese Beteiligung forcieren und zwar jeweils altersgerecht. Was meine ich damit?

Es gibt mehrere Formen, welche schon in den Panels angesprochen wurden. Zum einen die projektbezogene Arbeit, wo man relativ rasch einen Erfolg sieht, mit der eigenen Beteiligung bei der Gestaltung der eigenen Lebensräume. Wichtig ist dabei, dass ein Ende abzusehen ist, denn die Beteiligung erfordert ja auch Arbeit und Disziplin und Pünktlichkeit. Hier wird der Erfolg absehbar. Das ist ansprechend. Das zweite ist eine parlamentarische Einbindung. Die ist eher zum Erlernen der demokratischen Spielregeln, wie Streitkultur, Opposition, Zuhören, Überzeugen und Argumentieren geeignet. Damit gemeint sind diese Jugendparlamente, die aber weiter nicht sehr viel Einfluss haben. Das sind Spielarten, die sich in der Politik ganz gut machen. Da steht man als Moderner da, hat eine gewisse Berechtigung, hat auch einen Auftritt in den Medien. Aber dann geht es eigentlich nicht wesentlich weiter. Was ich eigentlich als sehr sinnvoll erachte, sind offene Formen, die in den höheren Schulen praktiziert werden. Das sind Sprechstunden mit Politikern und Politikerinnen, das sind Vorschläge zur Gestaltung von Vereinen, Jugendforen, Jugendstammtischen, Studien, die zum Ziel haben, verwirklicht zu werden.

### **Didi Baenziger**

Ich werde ein Statement vortragen, in dem die Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region ein Kernelement sein wird. Bevor ich jedoch darauf eingehe, ist es wichtig, die Erfahrung einer Minderheit zu verstehen, wenn Sie die damit verbundenen negativen Spannungen

bekämpfen und überwinden wollen – Einschüchterung, Ausgrenzung, Zorn, Gewalt, Zurückgezogenheit, Suizid, Verzweiflung usw. All diese Dinge können vor dem Hintergrund einer Minderheit und der mit dem Minderheitenerlebnis verbundenen Gefühlen entstehen, die in der Regel reale Gefühle sind, wie z. B. die Gefühle von Ohnmacht und Ausgrenzung, Furcht, Neid, Bedeutungs- und Machtlosigkeit, das Gefühl, fehl am Platze und unerwünscht zu sein, usw. Diese Erfahrung zu verstehen, muss das Kernanliegen jeder Integrationsbemühung und Bewertung der in Europa zutage tretenden Vielfalt sein. Wir müssen dieses Erlebnis durch die Schaffung von Räumen überwinden, in denen das Selbstvertrauen und die eigene Artikulationsfähigkeit gefördert werden, in denen alle Jugendlichen, unabhängig von ihrem jeweiligen Hintergrund, ihrem Aussehen, ihrer Orientierung usw. zusammenkommen, teilhaben und in ihrer Unterschiedlichkeit feiern können. Ich weiß, das ist ein Slogan der Europäischen Union, nichtsdestotrotz ist hier ein guter Ort, ihn auch zu benutzen.

Nun hat sich die Beteiligung der Jugend seit den frühen Tagen der Jugendparlamente bis zu den heutigen, eher ganzheitlichen Ansätzen ja schon beträchtlich entwickelt. Heutzutage wird der Grundsatz weitgehend unterstützt und akzeptiert, dass die Beteiligung Jugendlicher integraler Bestandteil jeglicher Politik auf kommunaler und regionaler Ebene zu sein hat und dass Jugendliche ein Mitspracherecht hinsichtlich der sie betreffenden Entscheidungen und Aktionen haben. Beteiligung ist das grundlegende Thema in vielen Bereichen. Sie ist wie ein alles übergreifender Schirm. Allerdings haben wir in anderen Aspekten keinen so großen Fortschritt erzielt, denn obschon der Grundsatz der Beteiligung Jugendlicher allseits anerkannt ist in Europa, so wird er doch in der Praxis vielfach nicht umgesetzt. Der Schritt von der reinen Rhetorik zur tatsächlichen Umsetzung ist einfach noch nicht getan. Darüber hinaus stellen Einige den Grundsatz immer noch in Frage: Warum sollten Jugendliche überhaupt mitbestimmen? Eine Reihe von Bedenken und Argumenten möchte ich heute hier ansprechen, darunter als erstes die folgenden:

Ich stelle fest, dass, obschon viele Personen in verantwortlichen Führungspositionen sagen, dass sie die Beteiligung der Jugendlichen unterstützen und fördern wollen, nicht wirklich an das glauben, was sie sagen. Denn wenn man von vornherein sozusagen ganz natürlich gegen die Beteiligung der Jugend eingestellt ist, wäre das ein wenig so, als würde man sagen, man sei gegen Demokratie. Es ist schon richtig, es handelt sich um ein grundlegendes Menschenrecht, aber diejenigen un-

ter uns, die an den Wert und die Bedeutung der Beteiligung der Jugend glauben, müssen ganz deutlich auch die Vorzüge und die positiven Auswirkungen der Beteiligung Jugendlicher nicht nur für die Jugendlichen selbst klarmachen, sondern auch für die Behörden und die Gesellschaft insgesamt. Wir müssen auf praktische Weise demonstrieren, dass von einer sinnvollen Beteiligung Jugendlicher alle profitieren. Wir müssen die Politiker und Entscheidungsträger davon überzeugen, dass Beteiligung nicht irgendeine hübsche Idee ist, die sich gut macht in Wahlprogrammen oder Forschungsunterlagen, sondern dass es aus sozialer, bürgerschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht durchaus Sinn macht, sie zu unterstützen, zu fördern und umzusetzen. In diesem Zusammenhang kommt es besonders darauf an, dass die Auswirkungen der Beteiligung Jugendlicher erarbeitet und erforscht, abgebildet, festgehalten und in Beispielen guter Praxis dokumentiert werden.

Die zweite Herausforderung ergibt sich für diejenigen, die den Grundsatz der Beteiligung zwar unterstützen, allerdings echte Beteiligung mit anderen Interpretationen verwechseln, wie z. B. dem schlichten Dialog, die annehmen, es reiche schon aus, der Jugend nur zuzuhören. In vielerlei Hinsicht haben sich solche Ansichten vielleicht geändert, nicht aber die Grundeinstellungen. So mancher verwechselt Anhörung mit Beteiligung und denkt, dass er, weil er ja bei den Jugendlichen deren Meinung zu einem bestimmten Thema abfragt, deren Beteiligung fördert. Das ist nicht der Fall. Die Anhörung ist an sich zwar schon sehr wertvoll, sie bedeutet aber noch nicht echte Beteiligung. Sie erschöpft sich eben darin, dass man die Ansichten der Menschen einfach nur abholt, und zwar zu Themen und Fragestellungen, die man selbst vielleicht für wichtig hält, nicht aber die Jugendlichen. Deshalb müssen wir zwischen den verschiedenen Praktiken unterscheiden und nicht so tun, als ob alle Formen der Zusammenarbeit gleich wären und dieselben Ergebnisse bzw. Werte hätten.

Die dritte Herausforderung, der wir uns zu stellen haben, ist das Fehlen eines ganzheitlichen Ansatzes für Beteiligung. Wie schon in der „Revidierten Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region“ ausgeführt, sind wir unglaublich, wenn wir uns einerseits darüber beklagen, dass die Jugendlichen sich nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben in ihrem jeweiligen Wohnquartier beteiligen, und die Jugendlichen andererseits aber kein Mitspracherecht im formalen Bildungssystem haben. Wir müssen eine „Kultur der Beteiligung“ für alle Lebensaspekte der Jugendlichen schaffen,

nicht nur in den Bereichen, wo wir meinen, sie müssten beteiligt sein, wie in Jugendparlamenten oder Jugendräten.

Die vierte Herausforderung, die ich sehe, besteht darin, dass Menschen, die an Beteiligung glauben und diese fördern wollen, vielfach die Informationen, Unterstützung und Ausbildung zur Umsetzung ihrer Vorhaben fehlen. Und dies gilt meines Erachtens sowohl für die Jugendlichen als auch die Erwachsenen. Beteiligung zu fördern ist nicht einfach, besonders wenn man versucht, es mit Jugendlichen gemeinsam zu tun, mit sich selbst überlassenen Jugendlichen in benachteiligten Quartieren, die häufig das Gefühl haben, stigmatisiert und vom gegenwärtigen System „untergepflegt“ zu werden.

Und, last but not least, die fünfte Herausforderung: Sie besteht in der positiven Unterstützung der Beteiligung Jugendlicher. In vielen Debatten über Beteiligung hat man die Jugendlichen bisher ausschließlich als Problem betrachtet. Zu oft höre ich Klagen darüber, dass sich die jungen Leute von heute für nichts interessieren, dass sie apathisch „rumhängen“ und in Wirklichkeit gar nicht mitwirken wollen. Nach meiner Erfahrung – und ich bin mir sicher, dass viele unter Ihnen mir zustimmen werden – will die große Mehrheit der Jugendlichen ein Mitspracherecht, sie will beteiligt sein an den Entscheidungen, die sie und ihre Zukunft betreffen. Dies ist besonders wichtig, so meine ich, für die benachteiligten Jugendlichen, die nur über begrenzte Chancen verfügen. Aber nur die Feststellung, die Jugendlichen sollten beteiligt sein, sorgt noch nicht dafür, dass dies auch geschieht. Die Charta stellt fest, dass Partizipation am demokratischen Leben jeder Gemeinschaft mehr bedeutet, als nur wählen zu gehen bzw. für eine Wahl zu kandidieren, obschon dies offensichtlich wichtige Bestandteile sind. Partizipation und aktive Staatsbürgerschaft bedeuten auch, dass man die Rechte, die Mittel, den Raum, die Chance und die Unterstützung erhält, die nötig sind, will man wirklich teilhaben, Entscheidungen beeinflussen und sich aktiv an Aktionen und Aktivitäten beteiligen, um an einer besseren Welt zu arbeiten. Dies ist übrigens ein Zitat aus der Präambel der Charta. Ich meine, dass man viele dieser Herausforderungen bewältigen kann, die ich hier angesprochen habe, aber wir müssen anerkennen, dass es sie überhaupt gibt und wir uns darum kümmern müssen, wenn wir wollen, dass die Beteiligung der Jugendlichen an Entscheidungen und Aktionen eher die Regel als die Ausnahme sein soll. Wir werden auf dieser Konferenz nicht nur erfolgreich Netzwerke geknüpft haben, wenn wir heimfahren, sondern wir kehren auch heim mit gestärkter Ver-

antwortung dafür, dass wir das Jugendengagement auf allen Ebenen verankern müssen.

## **Strategien zur Integration benachteiligter junger Menschen – Beispiele aus der Praxis**

**Sarah Levin**

Banlieues d'Europe ist ein kulturelles, europäisches Netzwerk, das künstlerische und kulturelle Projekte für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen miteinander verknüpft. Man spricht über die Banlieues im etymologischen Sinn, der Begriff geht zurück auf das französische Wort für „verbannen“, mise au ban, und natürlich im Kontext des im Zentrum unserer Sorgen stehenden urbanen Raums sowie der jugendlichen Bevölkerung der Wohnquartiere in Europa. Unser Handeln besteht in der Reflexion über Praxis, die zugleich Kunst, Kultur, soziale Aktion, Stadtpolitik, Entwicklungspolitik und den Zugang zu Kultur miteinander verbindet, der aus unserer Sicht für die Entfaltung des Individuums in unserer partizipativen und staatsbürgerlichen Gesellschaft unverzichtbar ist. Und hier zitiere ich Jean Hurstel: „Der Kampf gegen die Ausgrenzung und für die Förderung der kulturellen Vielfalt erschöpft sich nicht in städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen; Stadterneuerung impliziert nämlich die Neuerschaffung, den Neuentwurf, die Umwandlung der Repräsentationen, Werte und Symbole einer Stadt. In diesem Sinne ist die Kultur ein wesentlicher Motor für die Stadterneuerung.“

Ich werde Ihnen einige Beispiele guter Praxis in diesem Bereich vorstellen, der ja nicht immer die allererste Priorität zu haben scheint, aber stets bedeutende und nachhaltige Veränderungen bewirkt. Wir sprachen wiederholt von den jüngsten Ereignissen in den französischen Banlieues und ich meine, es ist wichtig, die positiven Aktionen hervorzuheben, die mit den Bewohner/innen durchgeführt wurden, um das Image dieser Quartiere zu verbessern. Ein erster Punkt ist die Stadterneuerung im eigentlichen Sinne, also die Quartiersentwicklung, und ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir eine Veranstaltung für März (2006, Anm. der Red.) planen mit dem Titel „Die Städte und Großwohnsiedlungen in Europa leben“. Die Veranstaltung orientiert sich an einem Werk mit dem Titel „Die Stadt neu verzaubern“. Als Beispiel haben wir da „Fablevision“, ein Künstlerkollektiv aus Glasgow, das gemeinsam mit den Bewohner/innen einen künstlerischen Themenpark zwischen zwei Großwohnsiedlungen eingerichtet hat, in dem die Bewohner/innen zahlreiche Projekte durchführen können. Ein

zweites Beispiel stammt aus Lyon. Junge Hip-Hop-Tänzer treten dort in Kultureinrichtungen auf, insbesondere in der Maison de la Danse und in der Oper, mit professioneller Begleitung und entsprechender Vernetzung für die Verbreitung dieser Veranstaltungen. Diese Projekte illustrieren, dass die Jugendlichen vor allem das Gefühl brauchen, dazu zu gehören, und wir haben hier ja viel über partizipative Demokratie gesprochen, die in der Tat vonnöten ist, und ich glaube, dass man in dem Zusammenhang auch von kultureller Demokratie sprechen muss, d. h. von der Anerkennung der Talente durch die Aufwertung unterschiedlichster kultureller Einzelkomponenten und ihrer Durchmischung. Das bedeutet Aufwertung der Artikulationsräume und Vermeidung einer reinen KonsumEinstellung gegenüber Dienstleistungen und Freizeitangeboten.

Ich wollte noch ergänzen, dass wir in unserem Netzwerk auch mit der vertikalen Logik arbeiten, sowohl mit den Fachkräften vor Ort als auch den politisch und öffentlich auf allen Ebenen Verantwortlichen. Das macht die Besonderheit unseres Netzwerks aus, das ein Netzwerk der Reflexion ist. Es ermöglicht uns, zugleich die Akteure der Sozialarbeit, Künstler und Jugendgruppen zu erreichen, die in den Quartieren aktiv sind, aber auch die Verantwortlichen der Kommunalbehörden, die Leiter/innen der unterschiedlichen Verwaltungsabteilungen, Verantwortliche auf europäischer Ebene, Ministerialbeamte und die Vertreter/innen der Länder, in denen wir jeweils tagen, zu unseren Veranstaltungen einzuladen. Für uns ist es wichtig, die Projekte vor Ort aufzuwerten. Man kann hier auch von guter Praxis sprechen, aber wir versuchen vor allem zu sehen, wo die Schwierigkeiten und die Grenzen dieser Projekte liegen, um ihre Arbeitsweise zu analysieren und die Arbeit der Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen, auch gegenüber den Kommunalpolitiker/innen zu fördern. Es ist wichtig, die verschiedenen Entscheidungsebenen zusammenzubringen, damit sie mit den Akteuren vor Ort zusammenarbeiten, die ja in unmittelbarem Kontakt mit der Gemeinschaft stehen. Das ist natürlich eine Arbeit, für die man einen langen Atem braucht, und auf lange Sicht bedeutet das auch, dass die Projekte analysiert werden. Aber ich denke, dass die Idee, zugleich vertikal und horizontal zu arbeiten, genau der Weg ist, den man gehen muss.

### **Hibat Tabib**

In Pierrefitte hat sich die Kommune zur ersten europäischen „Stadt der Mediation“ ernannt. Am Ortseingang stehen Schilder: „Pierrefitte sur Seine, Stadt der Mediation“. Und das ist nicht nur eine politische Absichtserklärung, es

geht vor allem um den Inhalt dieses Projekts. Wir betrachten die Jugendlichen grundsätzlich als Menschen, die Probleme haben, nicht als solche, die ein Problem darstellen. Mit diesem „AFPAD“-Projekt (AFPAD – Association pour la Formation, la Prévention et l’Accès au Droit, Anm. der Red.) soll der Zugang zu Recht und Mediation gewährleistet, soll ein Raum geschaffen werden, in dem es nicht um Macht geht, sondern in dem wir die Bewohner/innen über ihre Rechte und Pflichten aufklären, aber auch Konflikte ansprechen können, die das alltägliche Leben der Bewohner/innen erschweren. In dem Raum der Mediation sagen wir den Bewohner/innen: „Ihr habt Konflikte, sicher, aber Ihr seid Teil der Lösung. Erwartet bloß nicht, dass alles von der Polizei, von der Justiz geregelt wird.“ So nehmen wir die Menschen mit unserer Politik verstärkt in die Verantwortung. Im Beisein von Vermittlern setzen wir auf den Dialog. Wir bemühen uns, Lösungen für die Konflikte und Probleme zu finden, denen die Institutionen nicht gewachsen sind. Mit diesen Ortseingangsschildern „Stadt der Mediation“ sagt man Ihnen: „Sie betreten hier einen Raum, in dem man immer wieder miteinander reden muss, egal wie schwerwiegend die Konflikte, der Kampf auch sind.“ Genau darin liegt der Sinn des Projekts, dessen Zielsetzungen vor allem im Neuaufbau und der Pflege der sozialen Bindungen liegen und in dem Bemühen, die Bewohner/innen stärker in die Verantwortung zu nehmen und sie und die Institutionen wieder stärker aneinander heranzuführen. Ich meine, dass man mit Hilfe solcher lokalen Projekte mit einer nationalen und europäischen Dimension daran arbeiten kann, die Städte Europas einander näher zu bringen.

#### **Howard Williamson**

Was meines Erachtens am besten funktioniert – mein Kollege Chester Morrison aus Liverpool mag da anderer Meinung sein – ist etwas, an dem ich sehr stark beteiligt bin, was man den Jugendjustizausschuss (Youth Justice Board) für England und Wales nennt. Er wurde per Gesetz 1998 eingerichtet, nach Blairs „Hart gegen Kriminalität, hart gegen die Ursachen von Kriminalität“. Die beiden Dinge, die ich tat, waren zum einen die Gründung des Ausschusses, zum anderen aber auch die Forderung an alle Gemeinden, ein Team für jugendliche Straftäter (YOT = Youth offending team) einzurichten. Gesetzlich vorgeschrieben waren mindestens die folgenden fünf Partner in diesen Teams: Schulamt, Gesundheitsamt, Wohnungsamt, Sozialamt und die Polizei. Andere Partner können sich den Teams anschließen: Nichtregierungsorganisationen, karitative Organisationen usw. Sie alle können ihren jeweiligen Part über-

nehmen und sicherlich viel zum Kampf gegen Jugendkriminalität beitragen. Ich bin übrigens unmittelbar für die Agenda der Prävention von Jugendkriminalität zuständig, denn ich bin der Vorsitzende des Ausschusses für Kriminalitätsprävention und Integration in England und Wales. Darauf bin ich wohl am meisten stolz, aber worüber ich wirklich traurig bin: Warum müssen wir solche Aktivitäten eigentlich aus der Strafjustiz heraus finanzieren? Akademiker beschuldigten meinen Ausschuss und den Jugendjustizausschuss, wir würden die Wohlfahrt kriminalisieren. Wir stellten enorme öffentliche Mittel zur Verfügung, hervorragende Ressourcen, um viel zu unternehmen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Erziehung sowie Soziales und anderen Förderprogrammen für Familien und Einzelpersonen: immer auf der Grundlage der Kriminalitätsprävention. Natürlich verhindern wir dadurch auch zahlreiche andere Dinge: Gesundheitsrisiken, Schulversagen, unterdurchschnittliche schulische Leistungen und eine Reihe anderer Dinge. Aber wir mussten es an der Kriminalitätsprävention festmachen und deshalb sind die Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, auch in unterschiedlichster Weise kriminalisiert, wenn sie nicht schon sowieso vor Gericht zu erscheinen hatten. Und ich habe es ja schon gestern auf den Punkt gebracht: Die beste Jugendforschung, die wir machen können, besteht darin, schon im Vorfeld herauszufinden, was es kostet, wenn wir nichts tun für diese jungen Leute. Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose, Strafvollzugskosten, ein hohes Invalidisierungsrisiko aufgrund gesundheits-schädlichen Verhaltens. Und wenn wir uns diese Kosten anschauen, stellen wir fest, dass die Option, unsere Ressourcen auf kommunaler Ebene diesen Jugendlichen in konstruktiver Weise, zielgerichtet und chancenfördernd zur Verfügung zu stellen, verhältnismäßig preiswert ist. Und sie hat den Vorteil, dass wir sie nicht über die Agenda zur Jugendkriminalitätsprävention umzusetzen brauchen.

## Empfehlungen zur Fortführung des Berlin-Prozess – Was können wir tun?

**Peter Lauritzen**

Wie können wir dem nun mehr Substanz geben? Wie können wir einen wirklichen Prozess in Gang setzen? Wie können wir aus den schon durchgeführten Aktivitäten Nutzen ziehen, wie können wir sie weiterentwickeln? Es muss etwas zwischen den Konferenzen geschehen. Wir müssen die Agenda, über die wir gesprochen haben, und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die wir gehört haben, in unsere Arbeit einfließen lassen. Aber für diejenigen, die Verantwortung dafür übernommen haben, das zu organisieren, bedeutet das auch, sich ihre Agenda daraufhin anzusehen, ob es nicht Zeit wäre zu klären, was die Agenda „Soziale Stadt“ für ihre eigene Arbeit bedeutet. Ich meine den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, ich meine das Direktorat für Jugend und Sport des Europarats, das deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und auch die Regiestelle E&C, die die beiden Konferenzen so professionell organisiert hat.

Um sicher zu gehen, werde ich nur für mich selbst sprechen, und nicht nur für mich persönlich, sondern auch für meine Einrichtung. Wenn man mich fragt, was das, was in praktisch allen Berichten der Arbeitsgruppen gesagt wurde, für die Arbeit meiner eigenen Einrichtung bedeuten könnte, würde ich sagen, wir müssen uns fragen, wie wir unsere Arbeit angesichts dieser Berichte neu orientieren könnten. Zunächst einmal könnten wir den Berlin-Prozess in unsere Agenda aufnehmen, in die Agenda unserer Meetings. Bisher wird über die Ergebnisse dieser Arbeit nicht einmal berichtet. Wir nehmen teil, das ist alles. Ein erster Schritt wäre aber, unserem gemeinsamen Rat für Jugendfragen und unseren von der Satzung vorgesehenen Organen Bericht zu erstatten und zu erklären, was wir da tun, und die Partner des Co-Managements mit einzubeziehen.

Der zweite Schritt könnte eine Erweiterung des Berlin-Prozesses und der Zusammenarbeit der benachteiligten Stadtteile sein, um damit eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik innerhalb des European Knowledge Centre zu schaffen, einer Datenbank zur Jugendpolitik, die gemeinsam vom Europarat und der Europäischen Kommission betrieben wird. Zurzeit bauen wir dieses Wissen mit Hilfe von Korrespondenten aus, die wir noch zahlenmäßig erweitern werden, eröffnen vielleicht eine Sektion, die wie eine Einladung zum Austausch von Wissen wäre, und entwickeln dieses Kapitel weiter. Wir könnten und sollten diesen Prozess in die bevorstehende Kampagne zu Vielfalt,

Menschenrechten und Mitwirkung einbeziehen. Diese Kampagne muss hauptsächlich auf lokaler Ebene betrieben werden. Die Arbeitsgruppe, an der ich gestern teilnahm, formulierte klare Aussagen gegen Diskriminierung, gegen Rassismus und für Aktionen, die die Öffentlichkeit auf jene Bevölkerungsteile aufmerksam machen sollen, die keine Erfahrung damit haben, in heterogenen Gemeinschaften zusammenzuleben und die ironischer Weise umso rassistischer sind, je weiter sie von Fremden entfernt sind. Genau darum würde es in der Kampagne gehen. Wir könnten auch stärker an der Europäischen Charta arbeiten, an der Mitwirkung junger Menschen am lokalen und regionalen Leben, und dies zu einem lebendigen Instrument der Zusammenarbeit machen. Außerdem könnten wir einige der Ergebnisse des Berlin-Prozesses in unser Forschungsprogramm einbauen. Wir überprüfen anhand gewisser Kriterien und Indikatoren regelmäßig die Kinder- und Jugendpolitik in unseren Mitgliedstaaten und wir könnten die Kriterien und Indikatoren aus diesen Prozessen in unsere Forschung aufnehmen. Warum sollte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene immer nur über die Regierungen laufen? Es ist sehr wichtig, dass sie über die Regierungen läuft. Aber warum sollten wir nicht auch einen transkommunalen Prozess der Zusammenarbeit in Kinder- und Jugendangelegenheiten anstreben, etwas, das nicht über die Regierungen läuft, sondern von den Städten und Gemeinden selbst durchgeführt wird? Wir müssten uns damit auch an die EU wenden und – in meinem Bereich läuft ein Abkommen zur Zusammenarbeit und über eine europäisch-mediterrane Zusammenarbeit – über Ausbildung und Jugendforschung reden. Es wäre auch wichtig, über junge Leute zu sprechen, die Schwierigkeiten haben, den Zielen des Lissabon-Prozesses zu folgen, und uns bei unserer Arbeit besonders auf solche jungen Leute zu konzentrieren.

Außerdem sagten gestern einige in meiner Arbeitsgruppe – und das tauchte auch im Bericht auf – dass die Diskussionen, die wir in der Arbeitsgruppe hatten, veröffentlicht, verbreitet, Diskussionsthema anderer, öffentliches Eigentum der Stadtteile werden müssten, in denen wir arbeiten. Dafür stehen uns verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Unsere Ausbildungsprogramme zum Thema Menschenrechte sollen den Menschen kein abstraktes Wissen über Menschenrechte vermitteln, sondern direkt Diskriminierung und Demütigung in der Jugend- und Gemeindearbeit verringern. Wir haben Erfahrung damit, wir haben auch ein Instrument, den „Kompass“, ein umfassendes Handbuch zu den Menschenrechten. Wir haben Ausbildungsmodelle für interkulturelles Lernen



und Friedens- und Konflikterziehung, für Empowerment von NGOs und für die Jugend- und Gemeindearbeit. Diese Erfahrungen konnten wir über 30 Jahre sammeln, Erfahrungen, die nur darauf warten, mit anderen geteilt zu werden, die Zugang dazu haben wollen. Das wäre also eine Überlegung zu meinem eigenen Arbeitsbereich und dazu, was der Berlin-Prozess für uns bedeuten könnte. Aber da wir all das nun schon tun und auf jeden Fall genug zu tun haben: Warum sollten wir noch mehr tun?

Hier möchte ich wieder auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Dieser Ausgangspunkt ist, wie ich gestern erläutern konnte, zu verstehen, dass der Berlin-Prozess eine soziale Antwort auf den Lissabon-Prozess ist. Wir müssen dabei jedoch nicht nach Bürokratie auf unserer Seite streben, sondern wir brauchen ein Netzwerk. Vorläufig haben wir nur das deutsche Angebot als Ausgangspunkt und das kann nicht so einfach ersetzt werden. Einfach zu hoffen, dass andere Länder am Berlin-Prozess teilnehmen, ist, wie ich gestern sagte, vielleicht zu viel verlangt. Ich muss selbst sagen, dass sich die deutsche Regierung mit so viel Großzügigkeit beteiligt, dass es sehr schwer werden wird, einen Partner zu finden, der das Gleiche leisten würde. Aber wie wäre es, wenn man das alles aufbrechen würde? Warum hören wir nicht auf, über große und teure Konferenzen wie diese zu reden, und reden stattdessen über ein System von Netzwerken, von Arbeitsgruppen, von Zusammenarbeit zu bestimmten Themen, die immer Gruppen von fünf, sechs, sieben, acht, maximal zehn Personen involviert? Und wie wäre es, die Ausgaben und Kosten so eines Systems des Teilens von Wissen miteinander zu teilen?

Das halte ich für viel vernünftiger und so sollten wir es machen. In Berlin haben wir uns letztes Jahr auf diese Analyse geeinigt, auf die Bedürfnisse. Wir haben versucht, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden, wie man aus der Abschlusserklärung ersehen kann. Hier in Straßburg konnten wir miteinander sprechen. Es gab Gelegenheit, sich über Projekte auszutauschen. Die Leute haben zugehört, sie haben etwas gelernt, und wir sind seit Berlin einen ganzen Schritt vorangekommen. Was wir von jetzt an brauchen, ist eine Vision. Wir müssen wissen, wie wir diesen Prozess nutzen können, um im Hinblick auf das kommende offene Europa die Ausgangslage junger Menschen in benachteiligten Gebieten durch eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik dramatisch zu verändern. Das ist leicht gesagt, aber wie lässt sich das konkret umsetzen? Ein Aspekt ist die politische Lobbyarbeit, ein anderer ist es, Regierungen dazu aufzufordern, ihre Ausgaben in Vorbereitung auf die europäische Einheit

zu überprüfen. Außerdem ist die EU aufgefordert, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Und natürlich müssen wir die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren in diesem Bereich aufrechterhalten: NGOs, Ämter und Behörden, Lehrer, Jugend- und Gemeinwesenarbeiter, die Forschungsgemeinde und so weiter. Das ist sehr wichtig, wichtiger, als sich auf Konferenzen und Diskussionen zu beschränken. Wir brauchen soziales Handeln und ich hoffe, dass der Berlin-Prozess dahin führen wird.

#### **Didi Baeinziger**

Wir haben die Charta als Sprungbrett und Werkzeug. Darüber hinaus haben wir Erfahrungen und Projekte in verschiedenen Ländern. Nun ist es entscheidend, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, auch mehr Ressourcen für die Aus- und Fortbildung der Akteure und der Verantwortlichen auf allen Ebenen zur Verfügung zu stellen. Wir müssen den Behörden Fortbildung und fachlichen Rat hinsichtlich der Beteiligung Jugendlicher und ihrer Bedeutung sowie Umsetzung bieten. Das beste Beispiel dafür ist hier präsent in diesem Zuhörerkreis: Ich beziehe mich auf den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, der in Zusammenarbeit mit dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates die „Revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region“ initiierte. Wenn man es wirklich ernst meint und sich für die Belange der Jugendlichen engagieren will, dann muss man diese Charta umsetzen. Zweieinhalb Jahre ist es her, dass sie verabschiedet wurde, aber allzu viel ist nicht geschehen. In Sachen Fortbildung und Umsetzung der Charta müssen wir nun aber wirklich an die Arbeit gehen und, was mindestens genauso wichtig ist, den Umsetzungsfortschritt analysieren.

#### **Sarah Levin**

Wir meinen, dass künstlerische Aktionen, urbane Kulturen fortentwickelt werden müssen, aber auch andere Formen wie beispielsweise das Theater, Literaturworkshops, vielleicht kennen einige von Ihnen den Film „L'Esquive“ („Ausweichmanöver“) von Abdellatif Kechiche, der die Bedeutung der Sprache in den Großwohnsiedlungen herauskristallisiert. Und es gibt weitere Beispiele, z. B. die Stadt Reims, die in Zusammenarbeit mit der Médiathèque einen Workshop für Rapliteratur eingerichtet und als Ergebnis schon einige Platten mit beachtlichem Erfolg produziert hat. Oder die Stadt Turin mit ihrem Projekt „Peripherie im Herzen der Stadt“, das umfassend angelegt ist und zahlreiche Jugendliche in Musik- und Theaterworkshops integriert und dabei bewusst auf die Herkunft aller setzt. Ich komme auch auf

den Aspekt der Aus- und Fortbildung zurück. Wir denken, dass insbesondere die kulturelle und die interkulturelle Ausbildung für die mit den Jugendlichen arbeitenden Fachkräfte von großer Bedeutung ist. Ich weiß, einige von Ihnen haben schon darüber gesprochen, und wir beabsichtigen die Einrichtung entsprechender Fortbildungsmaßnahmen auf europäischer Ebene zum Thema der kulturellen Mediation mit den europäischen Fachkräften, die in diesen Bereichen arbeiten.

Abschließen möchte ich mit einer Zusammenfassung der Vorschläge und Auswertungen der Kulturprojekte von Jean Hurstel: „Die Kulturprojekte tragen, wie man sieht, sehr stark zur Förderung des Gefühls bei, zu einer bestimmten Stadt, einer bestimmten urbanen Gemeinschaft jenseits aller sozialen und ethnischen Grenzen zu gehören. Sie identifizieren sich mit der Stadt und die Stadt mit ihnen. Dieses Zugehörigkeitsgefühl ermöglicht es, den teilnehmenden Personen wieder Selbstvertrauen zu geben, sie aus der Isolierung und anderen Formen der Resignation herauszuholen, insbesondere aus der Opferrolle, die leider nur allzu oft das Ergebnis des urbanen Lebens ist. So gelingt es, den Wert dieser Menschen und Gruppen wieder neu anzuerkennen, unabhängig vom finanziellen, schulischen oder medialen Erfolg. Die Menschen öffnen sich für andere Kulturen, andere Lebens- und Denkweisen, sie überwinden Stereotype und Vorurteile, insbesondere in Bezug auf die Bewohner/innen der Großwohnsiedlungen. Non-formale Bildungsprozesse bilden sich heraus, man lernt voneinander durch gemeinsame Aktionen, Reflexe, Phantasie, besser jedenfalls als durch die Abstraktion im Schulsystem. Allen diesen Aktivitäten ist die Kreativität gemeinsam, ein wesentlicher Antrieb, denn die Kreativität der Individuen kann kollektiv ihren Ausdruck in Kreationen finden; die Kreativität kann die Gesamtheit aller sozialen Kräfte fördern, die erneut zur Wirkung kommen können, falls sie brachlagen. All diese Aktivitäten beeinflussen das Leben. Wir meinen, dass kreative Aktivitäten neue Formen des gesellschaftlichen Miteinanders hervorbringen können. Diese Projekte sind eine neue Form partizipativer Demokratie, Bürgerforen, in denen Informationen ausgetauscht werden, und nicht Verwaltungsmaßnahmen, die unsensibel nur umgesetzt werden.“ Ich darf Sie alle jetzt noch zur nächsten Zusammenkunft unseres Netzwerks im November 2006 in Belfast zum Thema „Kulturen und Konfliktprävention“ einladen. Wir werden dort einige von den hier behandelten Themen aufnehmen, und im Zusammenhang mit dem, was Herr Lauritzen zur Arbeit in Netzwerken sagte, stehen wir gern allen zur Verfügung, die sich für die Arbeit

zu kulturellen Themen und künstlerischer Kreation interessieren. Wir bringen Sie auch gern in Kontakt mit anderen Teilnehmern unseres Netzwerks Banlieues d'Europe.

### **Konrad Hummel**

Erstens glaube ich, dass die Städte in gleichen Sprach- und Kulturbereichen kleine Netzwerke bilden können und zwar ab sofort und auch zwischen den Konferenzen, um damit auf ihre jeweilige nationale Politik mehr Einfluss nehmen zu können. Das findet noch zu wenig statt. Zweitens: Ich glaube, dass die wenigen, die solche Projekte managen und leiten, auf der gleichen Augenhöhe miteinander reden sollten und weder durch Jugendliche noch durch Politiker gestört werden sollten, damit sie über Management nachdenken, über das, was wir hier dauernd fordern: nämlich Querschnittpolitik und integrierte Politik. Das ist ein sehr kompliziertes Geschäft. Und drittens: Ich knüpfe an Peter Lauritzen an. Es ist egal, ob man es den Berlin-Prozess nennt oder den Strassburg-Prozess oder Lissabon-Prozess oder ob man es vielleicht vor einem Jahr den Dialog Schröder-Blair genannt hat. Wir brauchen eine Diskussion um das europäische Wohlfahrtsprogramm. Ohne dieses bleibt die ganze Diskussion um die Moral der Jugend noch in 30 Jahren unverändert.

Als bekennender Europäer seit 40 Jahren sehe ich eine riesige Chance, dass wir endlich in diesem Kongress nicht nur nach oben starren, wo irgendeine Politik sitzt, die sowieso wenig umverteilen kann, sondern dass wir Europa als eine unendliche Chance begreifen. Wenn meine Nachbarin sofort bei Banlieues auf Kultur kommt, dann schmunzele ich mit meinem deutschen Herzen und sage: „Ja, das ist vielleicht französisches Denken.“ Ich bin froh, dass ich nach Deutschland immer wieder das französische Denken mitnehmen kann. Denkt an die Kultur, macht einen Rap-Preis. Ich weiß aber, dass meine mittelstandsdeutschen Jugendlichen zuerst an Pop denken und einen anderen Preis wollen und dass die alten traditionellen Verbände aber bitte den türkischen Volkstanz wollen, der ist genauso wichtig. Und dann müssen Sie entscheiden, welcher Preis jetzt wichtig ist. Wir brauchen nichts Neues entdecken, wir müssen entscheiden.

Daher brauchen wir eine vertikale Vernetzung. Eine, die zwischen oben und unten in Europa, zwischen kulturellen, nationalen Werten und unseren lokalen Entscheidungen besser vermittelt. Wir brauchen eine neue Kultur, wo wir auf kommunaler Ebene ganz selbstverständlich französische, englische, italienische Elemente verbinden, denn wir wissen eines: Die besten Politikansätze werden die sein, bei

denen wir italienisches Temperament mit dänischer Planung, spanische Esskultur mit polnischer historischer Erfahrung verbinden. Diese Elemente, die jeder, der ein bisschen Europa kennt, spürt. Da muss man nur in die Städte fahren. Die besten Projekte sind nach meiner festen Überzeugung wie bei einem guten Essen „richtig gemischt“. Vielleicht sollten das die französischen Kollegen bei „ihren“ Banlieues bedenken. Vielleicht wäre ein Schuss deutsch-polnisch-spanische Erfahrungen in den Banlieues gut? Vielleicht haben die französischen Jugendlichen davon zu wenig, weil es der französische Staat allein lösen will. Ich denke wir könnten vielleicht mithelfen, voneinander zu lernen.

Aus diesem Grund glaube ich, dass Vernetzung in Europa eine riesige Chance wäre, über ein europäisches Wohlfahrtsprogramm nachzudenken, da die Vielfalt dieser Kulturen besteht. Es heißt daher im Sinne von Anthony Giddens, dass Demokratie in Europa eben mehr ist als eine Herrschaftsform. Vielleicht ist es eine Lebensweise? Und eine letzte Bemerkung, in Anlehnung an Margret Mead: Ich denke, inzwischen sind wir bei der Jugendpolitik in Europa einfach an der Stelle angekommen, die sie als Anthropologin schon vor 50 Jahren gut beschrieben hat. Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa vor allem das Wissen an die Jungen weitergegeben, sozusagen postfigurativ. Wir haben dann gelernt, mit den Jugendlichen die Computerwelt zu entdecken und wir mussten schon bei den eigenen Kindern lernen, das war kofigurativ. Heute können wir nicht Jugendliche in den schwierigen Bereichen an unserer Kultur teilhaben lassen. Die ist veraltet, die ist schwierig und herrschaftsförmig. Wir müssen ihnen ermöglichen, ihre eigene Kultur mit uns zu entwickeln und uns am Ende, wenn wir pflegebedürftig sind, nicht zu vergessen.

Ich weiß, dass hier im Publikum auch Vertreter von Städte- oder Gemeindetagen sitzen. Ich habe in Erinnerung zum Beispiel Litauen. Vielleicht bekommen wir es hin, dass ein solches Beispiel wie Mulhouse in Frankreich nicht ein exotisches Einzelbeispiel bleibt, sondern diskutiert wird, vielleicht mit anderen Städten und zwar auf der praktischen Ebene anhand von drei, vier entscheidenden Punkten. Dann kommt es darauf an, ob die Ministerebene davon erfährt. Wir neigen dazu, gute Initiativen zu haben, aber sagen wir einmal, meine Nachbarin trifft sich dann mit gleichgesinnten soziokulturellen Freunden in Belfast. Das ist gut. Nur wie erreicht es dann die Kultusministerebene? Wie schnell können wir eine Idee innerhalb der vertikalen Vernetzung transportieren? Vielleicht können wir eine Struktur schaffen, in

der wir beweglicher werden in den Systemen zwischen Ministerebene und Ministerialbüros, die nicht nur für den Erfolg der Minister arbeiten sollten, sondern vielleicht auch einmal berichten könnten, wie die Resonanz von der Basis zur Ministerebene ist. Das meine ich ein Stück weit und da erlebe ich Europa als hilfreich, weil manchmal die europäische Ebene hilft, sich bei der nationalen Regierung Gehör zu verschaffen

### **Hibab Tabib**

Ich glaube, wir können uns alle darauf verständigen, dass wir es mit Problemen mit vielschichtigen Dimensionen zu tun haben, schon wenn man die Integration, die Gewalt und die Aufstände in den Banlieues nimmt. Da gibt es nicht nur eine Lösung, sondern viele Lösungen, und wenn wir mit diesen Situationen richtig umgehen wollen, brauchen wir auch vielschichtige Kompetenzen. Da sind wir gezwungenermaßen sofort bei der Transversalität, der Partnerschaft, aber die Schwierigkeit besteht vor allem darin zu wissen, wie man eine solche Partnerschaft angesichts von professionellen Einstellungen und Herangehensweisen aufbaut, die nicht immer dieselben sind angesichts der Rollenverteilung, der Probleme mit der Macht, den Gewohnheiten, den Problemen, wer die Gelder verwaltet, wie finanziert wird usw. Das sind echte Hindernisse, aber man muss auch in jeder Partnerschaft sozusagen den Motor definieren, der koordiniert, wer macht was. Eine Partnerschaft baut sich nicht von allein auf. In dem Projekt „Stadt der Mediation“ haben wir diese Erfahrung gemacht, dass wir als methodische Ausrichtung der Projektentwicklung von Anfang an mit allen Partnern zusammengearbeitet haben. Wir haben nicht zuerst ein Projekt eingerichtet und dann den Leuten gesagt, sie sollten jetzt mitarbeiten. Wir haben in diesem Projekt beispielsweise 160 Akteure der Stadt ausgebildet: Polizeibeamte, Kommunalpolitiker usw. Diese 160 Personen waren stets auf dem Laufenden, sie trugen zur Konzeptionierung und Umsetzung der Projekte bei. Und die Auswertung ergab, dass 21 Prozent aller Mediationen von der Stadtverwaltung, dem Bürgermeister, dem Bürgermeisteramt und den Kommunalbehörden initiiert wurden. Der politische Wille ist dabei die zentrale Frage. Man kann in den Städten einfach keine großen Projekte ohne den entsprechenden politischen Wille umsetzen. Denn der bedeutet Legitimation, politische Unterstützung, Finanzierung und vor allem: Die Stadt wird von den Kommunalpolitikern repräsentiert; wie will man also mit allen Institutionen zusammenarbeiten, wenn man dabei nicht auch die politische Wirklichkeit berücksichtigt? In diesem Zusammenhang

wichtig ist auch die Herangehensweise beim Aufbau der Projekte, damit man überhaupt eine Kultur der Gemeinschaft erreicht. Hier liegt die Problematik: Man kann nicht zusammenarbeiten, wenn man nicht dieselben Werte, dieselbe Kultur der Zusammenarbeit teilt. Mein letzter Vorschlag, den auch schon die Vertreterin aus Italien erwähnte: Es ist wichtig, ein Schreiben an alle Bürgermeister Europas zu senden, um ihnen diese Initiative vorzustellen. Denn der Europarat ist weniger bekannt als das Europäische Parlament bzw. die Europäische Kommission. Ich meine, dass es wichtig ist, allen Bürgermeister/innen im Hinblick auf eine bessere Kommunikation ein solches Schreiben zu senden, um sie zu informieren, was bis jetzt schon unternommen wurde, aber auch um ihnen konkrete Fragen zu stellen, beispielsweise ob sie an der nächsten Konferenz teilnehmen wollen und falls ja, welche Fragestellungen und Meinungen sie haben.

#### **Didi Baenzinger**

Ich glaube, dass es der Sache förderlich wäre, mehr über und von Jugendlichen zu hören, die unmittelbar involviert sind, sodass der Prozess schon auf Augenhöhe und unter Nutzung der Grundsätze der Mitbestimmung ablaufen würde, was ja hier im Europarat schon seit geraumer Zeit praktiziert wird. Zur vertikalen Vernetzung: Ich meine, ein weiterer Punkt, den wir erwähnen müssen, ist der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas. Ich denke, dass dem Kongress für den Know-how-Transfer eine Rolle zukommt, dass er diese Kenntnisse in ganz Europa zugunsten aller Kommunal- und Regionalbehörden verbreiten sollte. Und damit möchte ich auch zum wichtigsten Punkt kommen, der meines Erachtens von großer Bedeutung ist: das Teilen, das gemeinsame Nutzen von Know-how. Was immer wir auf diesen vielen Konferenzen auch tun, oft versuchen wir nur einfach, das Rad neu zu erfinden. Aber vieles von dem, was heute gesagt wird oder auf anderen Konferenzen schon gesagt wurde, ist schon zimal vorher gesagt worden. In dieser Hinsicht meine ich, dass die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Jugendfragen durch das Direktorat für Jugend und Sport des Europarates und die Europäische Kommission – Knowledge Centre on Youth – ein wesentliches Element ist und ich hoffe, dass es uns erfolgreich voranbringen und neue Ideen entwickeln wird, wie wir mit den hier von uns besprochenen Themenkomplexen umgehen können.

#### **Hilde Zach**

Ich gehe ein Stück weiter und biete mich an. Augsburg ist doppelt so groß wie Innsbruck. Mein Vater stammt aus Augsburg. Ich würde

Dr. Hummel gerne für ein entsprechendes Jugendforum, auf dem Betreuer und Problemlöser beisammensitzen, einladen. Um etwas zusammenbringen, um etwas Konkretes zu sagen, sozusagen Städtepartnerschaften mit einem klar formulierten Ziel. Was wollen wir erreichen? Natürlich gegenseitig abschauen, aber noch mehr wahrscheinlich etwas neues Europäisches entwickeln. Der Dachbegriff ist – und deshalb werde ich mich gerne mit den Kollegen aus Augsburg vernetzen – der Umbau der Stadtgesellschaft, weg von diesem Verwalteten hin zur Bürgergesellschaft, die die Verantwortung neu regelt. Das Zusammenarbeiten von engagierten Menschen, von Koordinatoren, von Quartiersmanagern etc. mit der Verwaltung, um Projekte zu entwickeln – in diese Richtung müssen wir gehen. Diese neue Bildungsbürgerschaft, dieses Bündnis mit den Bürgern in einer Stadt, dieses Erwecken der gemeinsamen Verantwortung und der eine Satz, der hier gefallen ist: Die Jugend hat Probleme, die Jugendlichen sind kein Problem. Ich glaube, wenn wir das alle mitnehmen und überall kommunizieren, ist das ja auch schon etwas Wesentliches. Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung, Jugend, Sport und Medien werde ich das Thema aufgreifen.

Jede Aufmerksamkeit in Form von Konzeption und finanziellen Mitteln, die wir der Entwicklung der Jugendlichen zumessen, ist bestens angelegt und bringt reichlichere Früchte als die Reparatur und all das, was wir aufwenden um Fehlentwicklungen entsprechend zu minimieren oder im Nachhinein abzuändern.

#### **Sarah Levin**

Ich meine, man müsste die neuen Kommunikationsmethoden, die neuen Technologien nutzen, insbesondere Email, Internetforen und -seiten, so dass die Kommunikation zwischen den Netzwerkmitgliedern vereinfacht wird. Ich denke, dass Sie das bereits tun, aber das kann die Dinge vereinfachen, auch im Hinblick auf neue Netzwerke in Verbindung mit den Jugendprojekten vor Ort, so dass auch die gemeinsame Koproduktion vereinfacht wird. So haben die Jugendlichen auf jeden Fall die Möglichkeit, auch Projekte aus anderen europäischen Quartieren kennen zu lernen.

#### **Peter Lauritzen**

In Bezug auf diese Konferenz hat der Europarat langjährige Erfahrung, die wir oft betont haben. Er blickt zurück auf fast 30 Jahre Erfahrung mit Kinder- und Jugendpolitik, und wir haben auch die Einrichtungen dafür, die hier schon genannt wurden: Wir haben ein Treffen von Regierungsvertretern, wir leiten die Konferenz der europäischen Jugendminister. Beim

letzten Treffen der europäischen Jugendminister in Budapest im September 2005 ging es darum, wie die Jugendpolitik auf Gewalt reagiert. Dabei wurde auf einige aktuelle Themen eingegangen, die direkt mit sozialen Problemfeldern zusammenhängen. Wir haben außerdem Vertreter von NGOs und das berühmte Co-Management-System, was bedeutet, dass von Jugendorganisationen und Regierungen gemeinsam beschlossen wird, wie wir unser Geld ausgeben. Was die Weiterentwicklung von Instrumenten der Jugendpolitik angeht, brauchen wir nichts mehr. Wir haben die Foren und wir können uns innerhalb dieser Foren auch mit den Problemen benachteiligter Jugendlicher befassen. In der Jugendpolitik haben wir vor 20 Jahren damit begonnen, dass wir glaubten, Jugendpolitik sei dazu da, sich mit Problemen zu befassen, über die in der Presse berichtet wurde, mit Problemen, von denen die Leute glaubten, sie müssten dringend gelöst werden. Die Antwort war eine Art Feuerwehrsysteem: Die Jugendpolitik greift kurz ein und zieht sich dann wieder zurück.

Später glaubten wir, wir sollten die Jugend als Ressource ansehen und Jugendpolitik bestünde also darin, alles zu tun, um diese Ressource zu entwickeln. Heute nähern wir uns einem Stadium, in dem wir über Jugendpolitik im Sinne eines Zielmanagements sprechen. Das heißt, wir planen, was in einer bestimmten Zeit getan werden kann und wie diese Aktionen für junge Leute der Öffentlichkeit präsentiert werden können, wie dem Parlament und der Presse darüber Bericht erstattet werden kann und wie es anschließend eine Debatte darüber geben kann, warum dieses und jenes getan oder nicht getan wird. Wir brauchen eine transparente, offene Debatte darüber, was für junge Leute getan wird.

Das Wichtigste, was wir bei unserer Arbeit gelernt haben, ist, dass alle Maßnahmen der Jugendpolitik miteinander zusammenhängen. In diesem Sinne ist diese Konferenz für mich etwas ganz Besonderes. Jugendpolitik hat mit Verbindungen und Schnittstellen (links) zu tun, zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zu sozialen und Wohlfahrtssystemen, zur Kultur, zur Strafgesetzgebung, zum Gesundheitssystem, zum Wohnungswesen etc. Sie existiert immer in Verbindung mit anderen Politikfeldern. Daraus wird ersichtlich, welche politische Maßnahme ergriffen werden muss. Innerhalb dieser Konferenz muss etwas gefunden werden, das wir sonst nirgendwo haben. Es geht nicht nur darum, Regierungen oder NGOs zusammenzubringen, sondern darum, Akteure auf lokaler Ebene zusammenzubringen, aus Gemeinden, Verwaltungen, Jugend- und Gemeindeeinrichtungen, NGOs und der Forschungsgemeinde.

In dieser Konstellation diskutieren wir Jugendpolitik auf europäischer Ebene. Es ist eine einzigartige Konstellation, die thematisiert hat, dass für junge Menschen in benachteiligten Gebieten wenig getan wird, auf jeden Fall nicht genug. Ich spüre eine starke Dringlichkeit, mit politischen Taten auf lokaler Ebene zu beginnen. Wenn wir das nicht tun, kann das dazu führen, dass wir Teile einer ganzen Generation verlieren, was wir uns einfach nicht leisten können. Junge Menschen vom Wertschöpfungsprozess und von der Möglichkeit auszuschließen, das Beste aus ihrem Leben zu machen, ist nicht nur für sie selbst gefährlich. Es ist auch für die Gesellschaft insgesamt und für das Wohlfahrtssystem, in dem wir leben, gefährlich.

Was Deutschland angeht, habe ich mir die Beschlüsse der Koalition angesehen und darin viel Jugend gefunden. Aber ich habe nicht gesehen, dass jemand den Mut hat, dieses Thema so voranzutreiben, wie es im Lichte unserer Konferenz hier vorangetrieben werden sollte, trotz der Erfahrungen, die wir im Oktober und November letzten Jahres in Frankreich gemacht haben. Eine Gruppe wie diese muss weitermachen, ihre Stimme erheben und sich selbst auch als Lobby der Kinder und Jugendlichen verstehen. In diesem Sinne hoffe ich, dass der Berlin-Prozess konkreter, ein transkommunaler Prozess der Zusammenarbeit werden kann, und dass diese besondere Mischung beibehalten und vielleicht sogar erweitert werden kann. Ich denke, diese Konferenz gibt uns etwas mehr Hoffnung, in dieser Richtung arbeiten zu können. Aber ich glaube trotzdem, dass noch viel an den Details gearbeitet werden muss. Wir müssen dazu beitragen, diese Probleme zu lösen, und wir müssen auf die Dringlichkeit reagieren, die ich angesprochen habe.